

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteht
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Vollständigen
Franko gegen Franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 51.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerer Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schide man nur die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekannten. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

16. Dezember 1887.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zur rechtzeitigen Kenntnisaufnahme.

Bei Quartalschluss

müssen sämtliche Briefabonnements baar vorausbezahlt werden.

Belastungen auf Conto-Inhaber finden also nicht statt.

Allen Bestellungen auf direkte oder indirekte Brieflieferung ist ohne jede Ausnahme die volle Baarzahlung beizulegen.

Alle nicht ausdrücklich wiederbestellten Briefabonnenten werden mit Nr. 1 (1888) gesperrt.

Ersatz für Versandverluste liefern wir nur gegen Einsendung des Porto bei Reklamation.

Wo anderweitige Bezugsgelegenheit geboten ist, sind Briefabonnements unzulässig.

Abonnements für die Schweiz

erheben wir per Nachnahme, wenn Zahlung nicht mit jedem Quartalsbeginn vorausgeleistet ist.

Einzel-Arenzbandsendungen ins Ausland

sperrten wir mit Quartalsabschluss, sofern Neubestellung und Geld bis dahin ausbleiben.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Zur sozialen Doktrin des Anarchismus.

II.

Wollten wir die Moskische Broschüre im Einzelnen durchgehen, so würden die Widersprüche, die sich uns bei dem Beispiel von der Schule gezeigt, uns bei jeder neuen Seite des anarchischen-kommunistischen Gesellschaftsplanes auf's Neue begegnen. Und wie in dieser, so in allen Abhandlungen der sogenannten anarchischen-kommunistischen Richtung. Der Fehler liegt nicht am einzelnen Schriftsteller, er liegt in der Sache selbst; der Versuch, zwei grundverschiedene Lehrgebäude auf einander zu propfen, muß misslingen.

Neuerdings ist man anarchischerseits sogar soweit gegangen und hat gesagt: Anarchie heißt Herrschaftslosigkeit, was wir wollen, ist lediglich ein herrschaftsloser Kommunismus, und da von Rechtswegen kein Sozialist, der nicht auf den Bismarck'schen Staatssozialismus schwört, von einer Herrschaft wird etwas wissen wollen, so sind wir eigentlich die einzig konsequenteren Sozialisten.

Soweit das nicht bloß eine Anrede ist, um den vollständigen Rückzug zu bedeuten, wird die Sache damit um nichts gebessert. Die Herrschaftslosigkeit, die der Sozialismus erstrebt, ist eine durchaus konkrete, sie bedeutet das Aufheben jeder Klasse herrschaft, Aufheben jeder Klassen-Unterdrückung, die Herrschaftslosigkeit der Anarchisten ist ein abstrakter Begriff, sie schwebt in der Luft.

Kein Gemeinwesen ist denkbar ohne bestimmte Gesetze, seien sie nun geschriebene oder auf Gewohnheit beruhende, kein Gemeinwesen wirtschaftlicher Natur ist denkbar ohne Verwaltung. Die Gesetze mögen noch so freiheitlich sein, so bleiben sie doch immer Gesetze, die Verwaltung mag noch so eng umschriebene Funktionen haben, so bleibt sie doch immer eine Verwaltung, die absolute Herrschaftslosigkeit der Anarchisten aber schließt jedes Gesetz, jede Verwaltung aus. Nichts steht nach ihr über dem Individuum, denn wenn irgend etwas über ihm stände, so würde damit eine Herrschaft ausgeübt. Das Individuum hat daher nur Rechte, aber keine Pflichten, es genießt absolute Autonomie.

Die absolute Herrschaftslosigkeit begreift nothgedrungen — das wird jeder Anarchist eingestehen — die absolute Autonomie (Selbstherrschaft) des Individuums in sich. Bei der Deutungslosigkeit des ersten Begriffes setzt daher die St. Galler Resolution durchaus berechtigtermaßen bei dem Begriff der absoluten Autonomie des Individuums ein, bei dem kein Drehen und Deuteln möglich ist.

Hier, in diesem positiven Postulat, liegt der springende Punkt des Anarchismus.

Sagt nun der Anarchist: ich bin zugleich auch Kommunist, so sagt er: ich will eine Gesellschaft, in der die Gesamtheit dem Individuum gegenüber nur Pflichten, aber keine Rechte, das Individuum dagegen der Gesamtheit gegenüber nur Rechte, aber keine Pflichten hat — ein Unding, wie die einfachste Ueberlegung lehrt.

Wenn und soweit die absolute Autonomie des Individuums denkbar ist, so nur in Verbindung mit dem Privateigentum. Wo dagegen die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, die Produktion eine gesellschaftliche ist, da ist die absolute Selbstherrschaft des Individuums undenkbar. Wer sie will, muß der Gesellschaft die Verfügung über die Produktionsmittel aus der Hand reißen, d. h. er muß den Grundgedanken des Sozialismus bekämpfen. Mögen sich die Anarchisten noch so sehr dagegen sperren, ihre Theorie ist und bleibt nothwendigerweise antisozialistisch. Indirekt und sicher vielfach sogar unbewußt geschehen sie es auch in ihren Schriften ein, indem sie z. B. sorgfältig vermeiden, von der organisierten Gesellschaft im Sinne einer Einheit zu reden. Die Gesellschaft ist ihnen ein Konglomerat freier Gruppen, die an Stelle der früheren Eigentümer getreten sind und Alles hübsch untereinander regeln. Ob aber das von Einzelpersonen oder von freien Gruppen — Privateigentum bleibt Privateigentum.

Während der Sozialismus die Ueberführung der großen Produktionsmittel in den Besitz der organisierten Gesellschaft erstrebt, um ihren planmäßigen Betrieb im Interesse der Gesamtheit zu sichern, stellt der Anarchismus nach der von ihm vorausgesetzten sozialen Liquidation „Alles zur Verfügung Aller“. Diese „Alle“ bemächtigen sich gruppenweise dessen, was sie gerade bedürfen. Jede gesellschaftliche Kontrolle wird gründlich perhorresziert. „Und anstatt die Gesellschaft von oben nach unten, vom Zentrum nach der Peripherie errichten zu wollen, lasse man sie sich durch den freien Bund der freien Gruppen frei vom Einfachen zum Zusammengesetzten organisieren.“ (Krapotkin: L'Anarchie dans l'évolution sociale — Die Anarchie in der sozialen Entwicklung, S. 28.)

Frei, frei, frei, frei, nur nicht vom Zentrum zur Peripherie, das klingt wunderschön und einleuchtend, ist aber leider nicht neu. Wer sich die Mühe gibt, die Literatur des bürgerlichen Liberalismus, der Bentham, Bastiat, Fancher u. zu lesen, kann das Alles, mit Ausnahme der „freien Gruppen“, schon dort finden.

Sind nun aber die „freien Gruppen“ etwas so Vortreffliches, wie der Anarchismus uns ankündigt?

Wir bezweifeln es vorläufig sehr. In der heutigen Gesellschaft hat sich wenigstens der Gruppen-Egoismus um nichts schöner und anmutiger gezeigt als der Einzel-Egoismus. Und es ist nicht abzusehen, warum dieser Egoismus in der Anarchie abnehmen sollte. Im Gegentheil, da er der einzige Schutz des „freien“ Gesellschaftsinsassen ist, so muß er sich noch viel schärfer ausprägen.

Es läßt sich sehr schön in Büchern und Abhandlungen verkündigen, die Gruppen werden sich nach Gewerten und diese wieder untereinander fördern und so die allgemeine Harmonie begründen, leider sind die Menschen nicht so willig als die Feder und nicht so geduldig als das Papier. Grade das Motiv, das heute in der Arbeiterklasse am mächtigsten zur Verbandsbildung wirkt, siehe z. B. für die „freien“ Gruppen hinweg: der Klassenkampf gegen die Ausbeuterwelt; es bleiben ihnen nur die Motive, die heute die Unternehmerverbände zusammenführen: die Wahrung von Sonderinteressen gegenüber den anderen Gesellschaftselementen.

Nun muß man sich bloß den Raum vorstellen, auf dem sich das Alles vollziehen soll — die ganze heutige Kulturwelt — um das Illusorische — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — der Vorstellung von einheitlichen, den ganzen betreffenden Geschäftszweig umfassenden Produktions-Organisationen einzusehen. Die „freien“ Gruppen bleiben nur solange und insoweit vereinigt, als ihr gemeinsames Interesse gegen die Gesamtheit der außer ihnen Stehenden für sie mehr ins Gewicht fällt, als die Sonderinteressen jeder einzelnen gegen die übrigen Mitgruppen. Sie schließen heute ein Kartell, um morgen unter sich den fröhlichen Konkurrenzkampf fortzusetzen, den sie im Interesse der „absoluten Freiheit“ aus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft hinübergerettet. Genau wie für diese, gelten auch für die anarchische Gesellschaft die Gesetze der Konkurrenz.

Das ist keine tendenziöse Entstellung, das ist die notwendige Konsequenz der wesentlichen Forderung des Anarchismus. Sobald jede regulierende, ja selbst kontrollierende Einwirkung der organisierten Gesellschaft ausgeschlossen wird, wird die Konkurrenz als die Alleinherrscherin proklamirt.

Die gesellschaftliche Harmonie lediglich durch die Konkurrenz und das zur Einsicht gelangte Interesse zu erreichen, ist nun ein durch und durch bürgerlicher Gedanke, das Gesellschaftsideal der Anarchisten deckt sich hier vollständig mit dem Gesellschaftsideal des bürgerlichen Liberalismus.

Man könnte einwenden, daß die Anarchisten den Gedanken wenigstens bis in seine letzte Konsequenz durchführen wollen, während der Liberalismus inkonsequent auf halbem Wege stehen blieb, aber Wollen und Können ist eben zweierlei, gewollt haben es die Theoretiker des Liberalismus auch. „Nur keine Einmischung von oben nach unten, von dem Zentrum nach der Peripherie, Alles macht sich von unten viel besser, ganz von selbst, durch die natürliche Gewalt der Dinge“ — in welcher liberal-ökonomischen Abhandlung haben diese Worte

gefehlt? Und sie fehlen in keiner anarchischen Schrift. Die natürliche Gewalt der Dinge muß wahre Wunder bewirken.

So heißt es in der bereits zitierten Schrift Krapotkin's: „Freiheit dem Individuum! Nehmet Kieselsteine, sagte Fourier, legt sie in eine Schachtel und schüttelt sie, sie werden sich von selbst zu einem Mosaik aneinanderreihen, das ihr nie fertig bekommen werdet, wenn ihr Jemand den Auftrag gebt, sie harmonisch zu gruppieren.“

Leider sind die Menschen keine Kieselsteine und folgen noch anderen Impulsen als den Befehlen der Physik. Uebrigens, welche Freiheit, durch außer uns liegende Faktoren, durch einen Deus ex machina in die rechte Lage „geschüttelt“ zu werden!

Aus Frankreich.

Die Präsidentschaftskrise und die revolutionäre Arbeiterschaft.

(Für den „Sozialdemokrat“ von einem französischen Genossen.)

... Als die Krise ausbrach, hieß es und mit Recht, die Sache sei angeklüftet, um Boulanger zu treffen. Man hatte geglaubt, ihn in dem Standal der Ordensverschönerung und der Vergeltung von Militärleistungen gegen Trinkgeld zu verwickeln, und daher gegen alle Regeln der militärischen Etikette den General Cassard durch Postulanten in brutaler Weise verhaften lassen. Aber hinter der Affäre Cassard und Boulanger steckte noch eine andere, viel ernstlichere: die Affäre Grevy, der aus der Präsidentschaft herausgegrault werden sollte. Und der Name, der alles das angeht, ist Herr Jules Ferry.

Der Tonkiesel, wie er genannt wird, war seiner Opportunisten sicher; er gebot über 250 republikanische Stimmen, die zusammen mit denen der Radikalen, auf die er rechnen zu können glaubte, ihm eine Majorität im Kongress (gemeinsame Versammlung von Deputiertenkammer und Senat) sichern mußten, wenn es galt, den Präsidentschaftsposten neu zu besetzen. Die Rechnung klappte; alles reichte, den Streich zu wagen, und er wäre auch gelungen, wenn sich nicht die Volksmassen, geleitet von den revolutionären Sozialisten, eingemischt hätten.

Ferry setzte als geriebener Taktiker alles ins Werk, was seinem Plan Gelingen versprach. Er lieferte oder vielmehr ließ dem Journal „Das neunzehnte Jahrhundert“ alle Schriftstücke ausliefern, die nöthig waren, Wilson und dessen Schwiegervater Grevy zu kompromittiren. Es heißt sogar, daß der Vetter der genannten Zeitung, Pottal, mehrere hunderttausend Franken bekommen hat, um das Gewerbe des Angebers zu übernehmen. Als ehemaliger Bonapartist ist er dessen ungewöhnlich fähig.

Die Enthüllungen, die es nun hockette, und die die Schmutzgeschäfte Wilson und die ganze Erbärmlichkeit Grevy's bloßlegten, dieses Bauern aus den Vogesen, der, Advokat geworden, sein Lebenlang unsaubere Spekulation vor den Gerichten verteidigt und, zur Präsidentschaft erhoben, Deuten wie den Guanahandlern Dreyfuß mit Nachschlagen gehalten hat, alle diese Enthüllungen, die obendrein durch die zynischen Geständnisse der Frau Limousin und ihres Juchlers Lorenz gemürt wurden, verletzten das Publikum in nicht geringe Bewunderung. Wie, der unbescholtene Grevy ein Erzgäuner, das Citoyen (der Präsidentschaftskandidat) eine „Spitzbubenbühle“, wie sich das „19. Jahrhundert“ ausdrückte! Das war ungläublich. Selbst die Abgeordneten, welche an den Ferry'schen Schmutzgeschäften theilgenommen, erklärten, das sei zu viel, Grevy müsse den Platz räumen.

Aber das Sonderbarste bei der Sache war die Haltung der großen Masse des Volkes. Dasselbe las die Blätter, welche die Stände enthüllten, mit Reugierde, zeigte indeß nur mäßige Entrüstung. Es glaubte sich einem, zu seiner Unterhaltung aufgeführten Schauspiel gegenüber und riß Niemand über dasselbe. Während der ganzen Krise wurden massenhaft Koupéts verkauft, wie: „O welches Pech, einen Schwiegervater zu haben, „Du hast mich in den Backstrog gelegt,“ u., die mit vielen Kalavern die Standalgeschichten der Präsidentschaft erzählten. Der Pariser kaufte sie, sang sie, und war zufrieden.

Als der alte Grevy hinter diese Indifferenz des Publikums kam, sagte er sich, daß dies noch nicht der Moment sei, seinen Platz zu räumen. Um ihn zum Abgang zu zwingen, stürzte Clemenceau das Ministerium Rouvier. Grevy hatte Rouvier erklärt, er solle mit ihm, als aber sein lieber Minister gestürzt war, verweigerte er seine Versprechen. Er berief Clemenceau, was er nie zuvor gethan — er hatte erklärt, so lange er Präsident sei, werde Clemenceau nie Minister werden — und bot ihm an, ein Ministerium zu bilden. Der Führer der radikalen Partei erklärte ihm rund heraus, er nehme diese Mission an unter der Bedingung, daß er, Grevy, seine Entlassung gebe, woran der Dreyfuß-Mann nicht dachte. Er berief einen einflussreichen Politiker nach dem andern, aber alle lehnten ab. Es war ein richtiger Ministerstreik, und so blieb ihm nichts als abzuwarten. Nun begann eine neue Komödie, er verpackte, seinen Rücktritt zu erklären, aber immer erst am nächsten Tage, wie der bekannte Barbier, bei dem man stets „morgen“ gratis rasiert wird. So schleppte er acht Tage hin, die Situation wurde immer unhaltbarer und die Gesellschaft wurde unruhig. Endlich entschloß sich Herr Grevy und erklärte bestimmt, er werde Donnerstag, den 1. Dezember, den speziell dazu zusammenberufenen Kammern seine Entlassung übergeben.

Raum hatte Ferry den alten Spitzduben zu diesem Opfer getrieben, so ließ er seine Batterien spielen. Die Radikalen, die sich blindlings in die Falle gestürzt und Grevy mit allen denkbaren Beschimpfungen überschüttelt hatten, belamen Bauchgrimmten, als sie sehen mußten, wie am Horizont die Präsidentschaft Ferry aufstieg. In ihrer wahnwitzigen Angst liefen sie zu Grevy, um ihn zum Weichen zu bewegen, womit dieser natürlich sehr zufrieden war. Rochefort sprach das bezeichnende Wort der Situation: „Die Radikalen ziehen einen Diener, der sie bestiehlt, einem Banditen vor, der sie erdroffeln will.“ Wie sah man Widerstandes und Lächerlicheres als diese Furcht der Radikalen.

Da vollzog sich in der Bevölkerung ein Umschwung. Das Gespenst des Hungers, das Grevy, des Cholera-Ferry, des Bismarck-Ferry auf dem Präsidentschiff trieb die Entrüstung des Volkes nach. Noch dümmere als seine hatten die Radikalen es nicht gewagt, an das Volk zu appelliren, obwohl sie erkannt und auch erklärt hatten, daß dies das einzige Mittel sei, aus der schrecklichen Verlegenheit herauszukommen. So ergrieffen denn die Revolutionäre die Gelegenheit beim Schopfe: überall organisierte man Meetings, und die Bauern von Paris bedeckten sich mit Plakaten, in denen das Volk aufgefordert wurde, die Republik, die „in Gefahr schwebt“, zu retten. Ein Aufschlag, der in großen Buchstaben die Worte enthielt: Rieder mit Ferry! übte einen mächtigen Einfluß aus.

Das war der Moment, in dem die Herren Possibilisten intervenirten; sie ließen ein Plakat anhängen, in dem sie höchst revolutionär von der

Häuflich der Bourgeoisie, von der Armee von 50,000 possiblistischen Wählern sprachen, aber das damit schloß, das Volk möge ruhig und jeder hübsch zu Hause bleiben. Dieses Plakat war so gut in das Spiel Ferry's, daß es vielfach heißt, es sei von den Ferryisten bestellt und besetzt worden.

Die Agitation der revolutionären Sozialisten schlug ein: am ersten Dezember belagerten 15,000 Menschen die Deputiertenkammer mit dem Rufe: Nieder mit Ferry! Ins Wasser mit Ferry! und überhäufte die des Ferryismus verdächtigen Abgeordneten mit Bewandlungen und Drohungen. Grew, der diese Demonstration gegen Ferry für eine Auflockerung der Volksmassen an ihn hielt, zu bleiben, ließ, statt seine Entlassung zu geben, wie er feierlich versprochen, der Kammer sagen, er habe seine Ansicht gemessen. Die Deputierten aber kriegten Furcht vor der Agitation im Volke, die, wenn sie fortbauerte, zu allem Möglichen führen konnte, und erklärten, statt auseinander zu gehen, ihre Sitzung in Permanenz, bis der Präsident ihnen eine erdgültige Antwort geschickt haben werde. Man sprach sogar davon, zum Kongreß zusammenzutreten und in der Versammlung eine Aenderung anzubringen, auf Grund deren es möglich wäre, den Präsidenten abzusetzen. Da endlich begriff Grew, daß er gehen müsse, und ließ um sechs Uhr der Kammer mitteilen, daß er am nächsten Tage, den 2. Dezember, seine Entlassung geben werde, was er denn auch that. Aber an diesem Tage gab es bereits 50,000 Manifestanten, und es kam zu Kollisionen mit der Polizei und den berittenen Municipalgarden. In der Menge fing es an, zu gähnen; wenn die Krise fortgedauert hätte, würde es Sonnabend und Sonntag Abend mehrere hunderttausend Menschen in den Straßen gegeben haben. In den Werkstätten in den Vorstädten wurde das Schlagwort ausgegeben, in allen Stadtvierteln bildeten sich Komitees, die die Namen und Adressen der Händler notierten, die Waffen oder chemische Produkte feilhätten, und die Inbesitznahme derselben organisierten. Aus der Provinz kamen Delegierte und theilten mit, daß ihre Gruppen bereit wären, sich mit Paris zu erheben, wenn Ferry gemäht würde. Man stand am Vorabend einer Schlacht, die Samstag Abend ihren Anfang genommen hätte. — An diesem Tage, den 4. Dezember, schickten alle Gruppen Delegationen ins Stadthaus, um die aus Versailles, wo der Kongreß tagte, einlaufenden Berichte entgegenzunehmen, und alles war bereit, dieselben sofort den Arbeitervierteln zu übermitteln. Der Gemeinderath, (die Faktion der autonomistischen Republikaner — nicht die Possiblisten — würde sich erheben haben) empfing die revolutionären Delegierten und stellte ihnen einen Saal zur Verfügung. Die Demonstrationen an den beiden vorhergegangenen Tagen hatten die Deputierten und die Senatoren im Kongreß bereits so erschreckt, daß, als sie erfuhren, daß die Delegationen der revolutionären Gruppen im Stadthaus in Permanenz seien, sie glaubten, die Kommune sei proklamiert. Im Gefühl dieser Furcht vollzog sich die Abstimmung. Wenn Ferry durchfiel, so geschähe es Dank von den revolutionären Sozialisten und den sozialistischen Radikalen geleiteten Volksdemonstrationen. Die possiblistischen Führer rühten sich nicht, aber ihre Soldaten waren mit den Revolutionären; man wird Ersteren ihr feiges und unehrliches Verhalten nicht vergessen.

Das Paris der großen Tage war pädiglich wieder erwacht; es hätte sich verwehrt geschlagen. Bieleicht wäre es besiegt worden, denn die peinlichsten Vorkehrungen waren getroffen, aber dieser Sieg wäre den Männern der Ordnung theuer zu stehen gekommen.

Die aus der vorigen Nummer unseres Blattes ersichtlich, stimmt die hier entwickelte Auffassung der Pariser Vorgänge im Wesentlichen mit der unsrigen überein. Es wäre aber vielmehr es ist der schlimmste Doktrinarismus, die Einmischung des arbeitenden Volkes in den Präsidentenwahlkampf unter der Motte, die der ganze Streit sei eine innere Angelegenheit der herrschenden Bourgeoisie und gehe die Arbeiter nichts an. Es kann den Arbeitern zunächst durchaus nicht gleichgültig sein, ob ein Mann die oberste Leitung der Republik in die Hand bekommt, der erklärt, die Gefahr sei auf der Linken, d. h. der den reaktionären Elementen alle denkbaren Konfessionen machen will, um die „Kanaille“ in Schach zu halten. Hängt auch von einem Mann die schließliche Entwicklung der Dinge nicht ab, so vermag er doch der Bewegung viel Schaden zuzufügen, ihr viel unnütze Opfer zu bereiten. Dann aber liegt es gerade im Interesse der Arbeiterklasse, die aus tausend Gründen in den heutigen Parlamenten nie einen entscheidenden Einfluß gewinnen wird, wenn solche Fragen wie die diesmalige Präsidentenwahl nicht ausschließlich von den Intriganten der Kammer entschieden werden, sondern daß so oft wie möglich von draußen her ein Wort mitzuredet wird. Das ist namentlich dann am Platze, wenn es sich, wie diesmal, um einen Protest, um die Verhinderung der Wahl eines Mannes handelt, der die Politik der systematischen Abwiegung repräsentiert. In ihren persönlichen Sympathien haben sich die Massen oft geirrt, in ihren Antipathien selten.

Falls es ist es unser Trachten, daß, so sagen, ein Einschreiten der Volksmassen ist erst dann am Platze, wenn die Republik wirklich bedroht ist, wenn ein Staatsstreich im Ernst versucht wird. Dann ist es vielmehr meist zu spät. Daß das Pariser Volk im richtigen Moment interveniert hat, zeigt nichts deutlicher als der Wuthschrei der reaktionären Bourgeoisie, der in Deutschland verständnißvollen Wiederhall gefunden.

Mehr zur wirtschaftlichen Entwicklung.

(Eingefandt.)

Ein recht bezeichnendes Bild der heutigen Produktionsverhältnisse liefert die Strohhutfabrikation.

Von einem der rentabelsten Geschäftszweige ist diese Branche in den letzten 5—6 Jahren so „auf den Hund gekommen“, daß die „armen“ Fabrikanten schier aus der Haut fahren könnten, oder vom sozialökonomischen Standpunkt aus betrachtet: „Das kapitalistische System mit der so viel geliebten freien Konkurrenz hat in dieser Branche so abgewirtschaftet, daß nur die sozialistische Produktion als rettender Engel gesündere Verhältnisse schaffen kann.“

In dem Fabrikantenorgan „Dresdener Strohhutzeitung“ macht ein Eingander — anscheinend Großfabrikant — seinem Herzen Luft und schreibt ziemlich treffend wie folgt:

„An wem liegt's?“

„An wem liegt's, daß unsere Branche, die noch vor einem Jahrzehnt eine der besten war, in ihrer Rentabilität so zurückgegangen ist?“

„Da ist zunächst die Nähmaschine gekommen, die hat uns so leistungsfähig gemacht, daß viele von uns geglaubt haben, es sei nun ganz in der Ordnung, wenn wir die Hüte im Preise herabschoben. Also der ganze Vorthell, den uns die Nähmaschine gebracht, ist von dem größten Theil der Fabrikanten beiseite (so diese Tugendengel!) für sich abgelehnt und Anderen überwiesen worden. Ganz ähnlich ist es auch mit dem Import von Chinastroh gewesen. Durch das Chinastroh waren wir in den Stand gesetzt, auch für Leute, die wenig Geld haben, bei einer für uns noch leidlich günstigen Kalkulation einen sehr billigen Strohhut liefern zu können. Das genügte vielen von uns nicht, sie wollten einen spottbilligen Hut liefern. Es kamen Preise auf, bei denen man sich fragte, was ist an dem Hut eigentlich bezahlt? Die betreffenden Fabrikanten lehnten abermals allen Vorthell, den die massenhafte Einführung eines billigen und sehr brauchbaren Geschäfts hätte bringen können, beiseite für sich ab, er wurde abermals Anderen überwiesen. So sind zwei wichtige geschäftliche Neuerungen, welche bei normaler Ausnutzung für die Branche von Segen sein konnten, nur Ursache zu Herabsetzung der Preise geworden. Und wie hat sich in derselben Zeit, in welcher die Nähmaschine und das Chinastroh so einflußreich geworden, das Geschäft erschwert. Die rasche Leistungsfähigkeit hat es mit sich gebracht, daß die Großhändler und Detailisten bis zum letzten Augenblick mit ihren Bestellungen warten. Trotz dieser notorischen Zurückhaltung ist es Noth geworden, statt, wie früher zweimal, jetzt vier- bis fünfmal auf die Reise zu gehen und damit womöglich schon vor Pfingsten, also vor Ablauf der alten Saison zu beginnen. (Ist im Vorjahr thatsächlich mehrfach vorgekommen.) Die rasche Leistungsfähigkeit verführt auch zu einem noch rascheren Wechsel in den Moden. Man gibt sich gar nicht mehr die Mühe, gute Formen besonders zu pouffieren, man legt immer Neues vor und meint: „Wer Vieles brüt, wird Jedem etwas bringen“, aber

das bedenkt selten Einer, daß er sich mit den übergroßen Formenpreisen nur selber um's Geld bringt, und daß auf diese Weise die beste Form nicht zum Durchschlag kommen kann.

„Ist auf der einen Seite das Unterbieten im Preise ein Malheur, so ist es das Ueberbieten auf dem Gebiet der Rouveautés nicht weniger. Es wird fortwährend versucht, man fabrizirt oft gar nicht mehr, sondern experimentirt und das kostet immer Geld, fordert Opfer an Zeit und wir setzen unsern Fleiß an nutzlose Dinge. Das Konzentriren der Fabrikation auf wenige Monate hat auch die Arbeitskräfte im Preise gesteigert, wenn auch das noch zu übersehen sein mag. Kurz, wir haben alle Vorthelle der neuen Fabrikationsmethode abgetreten an Andere, und alle Uebel, wie die gesteigerten Preise, die Unsicherheit der Dispositionen, den raschen Modewechsel behalten — kein Wunder, wenn Niemand mehr etwas verdient.“

„Wem kommt nun eigentlich die Differenz, der Kassa an Verdienst, zu Gute? Etwas dem Großhändler? Kaum! Er hat jede Preisermäßigung, jeden „Erfolg“ im Preisdruck, sofort auch seinerseits ebenfalls der leidigen Konkurrenz wegen, wieder abgetreten und zwar zunächst an den Detailisten. Aber hier bleibt der Vorthell auch nicht stehen. Man lese nur in den Schaufenstern die Preise. Auch hier hat eine unnütze Konkurrenz Unheil angerichtet. Die einzige Partei, die bei dem ganzen Handel sich in's Glückseligen lagern kann, ist das Publikum, dieses vielschöpfige Ungeheuer, das nicht einmal Etwas davon weiß, welche Opfer ihm an Intelligenz und Kraft gebracht werden, wie man ihm in einem übermächtigen Furchtgefühl vor der „Konkurrenz“ in letzter Linie alle Vorthelle zuschiebt.“

„Es wäre dem Publikum wahrhaftig gleichgültig, wenn es für den billigen Rottelhut 15 Pf. und für das Mittelgute 30 Pf. mehr bezahlte. Sieben lange Monate wird ein Strohhut getragen, es müßte der Träger ärmer sein wie eine Rindermäus, wenn ein solcher Betrag für ihn in Frage käme. Dieser geringe Aufschlag würde unsere Branche zwar auch noch nicht unter die lukrativen Gewerbe erheben, aber es würde wenigstens nichts mehr zugefügt, es würde unsere Mühe und Arbeit nicht mehr vergeblich an ein ärgerlich aufwendendes Geschäft, von dem wir genau wissen, daß es uns unter den obwaltenden Verhältnissen nicht vorwärts, sondern nur rückwärts bringen kann.“

„Die einzige Ursache zu dieser ganzen Misere ist die gegenseitige Angst vor uns selber oder mit anderen Worten, vor der Konkurrenz. Als wenn heute noch etwas eingebüßt wäre, wenn uns ein Anderer einen Auftrag wegknappelt! Ich für meinen Theil bin auf dem Standpunkt angelangt, fort mit Schaden, soll's ein Anderer machen, wenn ich nichts dabei verdiene und ich habe gegenwärtig die Genugthuung, man kommt vereinzelt doch wieder.“

„So soll auch ein dauerndes Geschäft herkommen, wenn Jemand Aufträge übernimmt, von denen er nur weiß, daß er Arbeit, aber keinen Verdienst hat? Nach einer Richtung muß er sich helfen, und dann gib's die bekannten Differenzen.“

„Soll das so fortgehen?“

„Ich bin der Meinung, es würde rasch besser werden, wenn wir uns ein wenig mehr Mühe anschaffen, unsern Könnern gegenüber. Kalkuliren wir mit einem unbedingt notwendigen, wenn auch bescheidenen Nutzen und halten wir daran unter allen Umständen fest. Insbesondere möchte ich das den kleinen Fabrikanten rufen, die sich jetzt meist schlechter sehen wie vor Jahren, als sie noch Preiser werfen. Ohne Kapital, ohne Hilfsmittel, mit oft sehr beschränktem Kredit würgen sie und quälen sich und bringen doch nicht mehr weg, wie den Hund bei allem Kerger und Sorgen ob-direin.“

„Die Schlechte sind im Preise gestiegen, die Saison ist da, bemühen wir diese Konjunktur zu einem vernünftigen Aufschlag. Wollen wir uns denn immer die Ohren voll lamentieren, wie bisher, und es beim Alten lassen? Freilich, Mühe müssen wir uns anschaffen, wir müssen sogar den Müth haben, die Produktion ein-zu-schränken, wenn man uns keinen berechtigten Gewinn zukommen lassen will. Haben wir uns soweit ausgerafft, dann wird und muß eine Besserung eintreten.“

Solche und ähnliche Artikel, der eine mehr klagen als der andere, füllen tagtäglich die Fachblätter und zum Theil auch die kommerziellen Spalten der sonstigen bürgerlichen Presse.

„Soll das so fortgehen?“ ist der stereotype Schmerzensschrei, und die gegen die miltischen industriellen und kommerziellen Verhältnisse empfundenen Palliativmittel kennzeichnen nur die in den betreffenden Kreisen herrschende Rath- und Thatslosigkeit. Die gemachten Vorschläge zur Besserung bleiben nur im Reiche der Illusion, da sich kein Mensch daran setzt.

An Versuchen, „Truß“-Ringe oder Fabrikanten-Kartelle zu bilden, hat es auch in dieser Branche nicht gefehlt; so sagte z. B. im Jahre 1885 ein Strohhutfabrikanten-Kongreß in Dresden, hauptsächlich um eine einheitliche Kalkulation einzuführen, und für die billigen Chinastroh-Hüte Minimalpreise festzusetzen. Der Versuch scheiterte lässlich, da der Kapitalismus eben keine Einschränkungen verträgt, und nun wird weiter geschleudert.

Daß unter dieser Misere gerade die Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Branche beschäftigt viele Mädchen und Frauen mit dem Nähen und Garniren der Strohhüte sehr zu leiden haben, ist selbstverständlich.

Jah jedes Jahr — solange Schreiber dieses in der Branche arbeitet — sind die Arbeitslöhne herabgesetzt worden, besonders die für die weiblichen Kräfte. Der Mangel schwerer sachlicher Organisation und das vermehrte Angebot weiblicher Arbeitskräfte mag die Hauptschuld daran tragen. Vetterlicher Umstand hat jedenfalls auch viele größere Fabrikanten veranlaßt, wahrscheinlich aus Bescheidenheit, von den zu Hause arbeitenden Häuerinnen — größtentheils verheiratete Frauen — die Selbstanschaffung einer Nähmaschine zu verlangen, wenn sie Arbeit erhalten wollten. Daß sich die Fabrikanten dabei nur gut sehen, ist einleuchtend: sie haben kein so großes Arbeitslokal nötig, sparen an Dampfkraft, Heizung und Beleuchtung, brauchen nicht die Lamentationen über die schlechten Nähmaschinen anzuhören, sparen die nicht unbedeutenden Ausbesserungskosten für dieselben und, was das Wichtigste ist, sie zahlen den Hausmädchinnen keinen Pfennig an Arbeitslohn mehr, eher weniger, da die meist verheirateten Frauen mit einem kleinen Nebenverdienst zufrieden sind und es eben Arbeitskraft im Ueberflusse gibt.

Sehr nachtheilig für die Arbeiter und deren Lohnverhältnisse ist auch der Umstand, daß sich die Produktion immer mehr auf einen kurzen Zeitraum, Februar, März, April, zusammendrängt und deshalb die Arbeitskraft auf das äußerste anspannt. In dieser Zeit wird fast überall 15—18 Stunden, ja oft Tag und Nacht hindurch „geschuftet“ (der Ausdruck ist hier wirklich sehr am Platze). Sonn- und Feiertage werden nicht respektirt, es geht in einem Ritem fort.

Wenn die Arbeiter bei dieser doppelten Arbeitszeit einmal 30—40 Mark per Woche verdienen, so ist das zu viel und die Fabrikanten versuchen, die „hohen“ Affordräge herabzusetzen, ohne Rücksicht darauf, daß auf die kurze Zeit des flotten Geschäftsganges die lange „Saison morte“ folgt, wo die Hälfte der Arbeiter unwillig feiern müssen und die übrigen nur ungenügend beschäftigt werden.

Der Empfänger der „Strohhütze“, wozu er der Preissteigerung der Arbeitskräfte in der Saison keinen großen Werth beilegt, sie findet eben niemals statt; die Arbeiter haben sich dagegen immer nur gegen Lohnreduktionen wehren müssen.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Rundschau.

3. Jahrg., 14. Dezember 1887.

— Wir kennen unsere Pappenheimer — Inwendig und auswendig. Als vor etwa einem halben Jahre oder vor dreiviertel Jahren die deutsche Polizeipresse anfangs, notorische Spies zu ihren Mitarbeitern zu machen, den Anarchismus in allen Tonarten aufzupuffen und Unterhaltungen über die Frage anzustellen, ob denn eigentlich ein wesentlicher Unterschied zwischen Sozialismus und Anarchismus bestände — da sagten wir sofort: „Dies ist die Vorbereitung für

die nächste Verlängerung des Sozialistengesetzes. Da die alten Argumente rostig geworden sind und das Sozialistengesetz selbst bis tief in die nationalliberale Partei hinein seinen Kredit verloren hat, so muß man zeitig für neue Waffen sorgen. Und das soll dadurch geschehen, daß man den Nachweis liefert, die deutsche Sozialdemokratie sei im Begriffe, mit Sad und Pad in das anarchistische Lager überzulassen.“

Der Beschluß des St. Gallener Parteitags kam dem mit dieser sauberen Aufgabe betrauten Deuten fast in die Quere — indes ein Mensch, der die Stöcker'schen Meinungen und die Hring-Mahlow'schen Dynamit-Beschwörungen und Rajastatsbedrohungen zu rechtfertigen, ja zu verherrlichen gelernt hat, der stolpert nicht über solche Spinnweben, der kann Alles. Es gibt für ihn keine Schranke der Logik, der Ehre, des Anstands — er setzt sich ruhig über jede Schranke hinweg und — so hat die journalistische Leibgarde der Postlamer, Stöcker, Bismard, es denn fertig gebracht, der Welt vorzuzulassen, in St. Gallen habe die deutsche Sozialdemokratie sich den Anarchisten so genähert, daß kein Unterschied mehr vorhanden sei. Und sollte etwa noch irgend ein Zweifel vorhanden sein, so werde er durch das bekannte Telegramm zu Gunsten der Chicagoer Anarchisten geleistet.

Nun — solche Nichtswürdigkeiten lassen sich nicht kritisieren, sie lassen sich bloß konstatieren. Sie müssen angesetzt werden, vollat tout. Wer aber das Böhschen an der Arbeit sehen will, der lese sich die neueste Leistung des Bismard'schen „Sanjirlen“ Schweinburg an. Dies selbe ist in allen Reptilblättern zu finden und lautet:

„Wie aus den verschiedensten Anbeutungen in der Presse zu entnehmen ist, wird die voraussichtlich noch in dieser Session dem Reichstage zu gehende Vorlage über die Verlängerung des Sozialistengesetzes nicht nur gleich dem vor zwei Jahren abgetippten Entwurf eine Dauer von fünf Jahren, sondern auch eine Verschärfung der Bestimmungen verlangen. Man kann ja selbstverständlich auf diese Kombinationen keinen so großen Werth legen, aber der Entwidlung gegenüber, welche namentlich auf dem St. Gallener General-Kongreß der deutschen Sozialdemokratie die letztere genommen hat, wäre eine schärfere Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen nur naturgemäß. Früher, und namentlich auch im Reichstage, durften die sozialdemokratischen Führer die Auslegung wagen, zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie herrsche ein unübersteiglicher Gegensatz, und obgleich alle staatsrechtlichen Elemente des Reichstags von der Richtigkeit solcher Redensarten überzeugt waren, konnten sie einen durch thatsächliches Material begründeten Widerspruch hiergegen nicht erheben. Jetzt ist es damit anders geworden. Der St. Gallener Kongreß hat bewiesen, daß die Sozialdemokraten nicht absolute Gegner des Anarchismus sind, sondern denselben nur bekämpfen wollen, „insofern er die absolute Autonomie erstrebt.“ In Uebereinstimmung mit dieser theoretischen Einseitigkeit haben die Herren Singer und Genossen auch praktisch ihre Sympathie mit den anarchischen Bestrebungen dadurch bekundet, daß sie mit einem Degradationsgesuch für die Chicagoer Anarchisten eingetreten sind. Und es ist auch nicht zu verwundern, daß die Sozialdemokraten jetzt offen ein Geständniß abgelegt haben, zu dem sie wohl schon längst in ihrem Innern gelangt waren. Sind denn nicht die gegenwärtigen Leiter des Anarchismus aus sozialdemokratischen Reihen hervorgegangen, sind denn nicht beide Richtungen von einem gleichen entsetzlichen Bestimmnis in der Beurteilung unserer bestehenden Gesellschaftsordnung befaßt, zeigen nicht beide denselben Atheismus, denselben naturalistischen Materialismus? Der Teufel der Anweisung jeder Autorität beugt sich nicht mit einer Annäherung an den Abgrund der Anarchie, er treibt seine Anhänger in denselben hinein. Diefem Schicksal sind auch die Sozialdemokraten nicht entgangen, sie haben sich als Anhänger des größten Theils der Bestrebungen der Anarchie bekant, sie werden bald von den Anarchisten nicht zu unterscheiden sein. Die Regierung jedes Staates aber, welcher sich nicht mit in diesen Abgrund ziehen lassen will, muß Sicherheitsmaßregeln treffen und es sollten sie auch in der Verschärfung eines Ausnahme-gesetzes bestehen.“

Dies die Schweinburg'sche Leistung. Wir können nur sagen, daß sie uns insofern einen sehr angenehmen, ja erheitenden Eindruck gemacht hat, als sie das Geständniß einschließt, daß das Sozialistengesetz der Sozialdemokratie gegenüber ohnmächtig gewesen ist.

Das Fiasko des Sozialistengesetzes ist also amtlich konstatirt. Wir nehmen Akt von dem Geständniß.

— Zur Reineidsfrage schreibt man uns: „Die Sozialdemokratie wird von gewissen Leuten immer und immer wieder als diejenige Partei bezeichnet, welche systematisch zum Reineid erzieht. Und gegen diesen Vorwurf zu verteidigen, ist überflüssig. Da genügt der Name Stöcker, und die Gegner sind zu Boden geschlagen. Wir wollen aber heute den Eid von einer anderen Seite betrachten, welche bis jetzt wenig oder gar nicht betrachtet worden ist.“

Es kommt sehr oft vor, daß Beamte in ihrem Dienste einen Reineid leisten. Sind wir nun in der Lage, die erforderlichen Zeugen und theilweise noch mehr Zeugen als nötig war, zur Stelle zu bringen, welche mit gutem und reinem Gewissen bezeugen können, daß der Beamte einen Reineid geschworen hat, so tritt der Staatsanwalt hin und spricht: „Reine Herren, diese Leute gehören zu jener Partei, welche den Reineid verherrlicht und empfiehlt, ich bitte den hohen Gerichtshof, diese fünf oder sechs Zeugen als nicht glaubwürdig anzusehen. Der Eid dieses Beamten hat für mich mehr Werth als die sechs Eide dieser Sozialdemokraten.“

Der „hohe“ Gerichtshof schließt sich regelmäßig dieser „Auslegung“ an und der meineidige Beamte geht wohlgemuth nach Hause. Konsequenterweise müßten nun die fünf oder sechs Zeugen wegen Reineid unter Anklage gestellt werden. Aber die Herren Staatsanwälte haben sich bis dato fast immer mit der Rettung des Beamten zufrieden gegeben.

Ein solcher Fall, wo eine ganze Anzahl — 6 — Zeugen den Reineid eines Beamten nachweisen, ist z. B. in Leipzig passiert und Staatsanwalt Dänhschel hat die oben beschriebene Rolle gespielt. Es wurden bei dieser Gelegenheit sechs Männer als Lügner hingestellt und vor der ganzen Welt als Schuft gebrandmarkt, denn wer ein solches Zeugniß ablegt, wird doch als Schuft und Lump betrachtet.

Wäre es vielleicht nicht gut, wenn man einmal den Versuch machte, gegen einen solchen Staatsanwalt mit einer Beleidigungsklage vorzugehen?

Und noch ein anderer Punkt muß hervorgehoben werden. Warum läßt man überhaupt Sozialdemokraten schwören, wenn man deren Eide doch schon im Voraus als werthlos bezeichnet? Nur aus dem einen Grunde: es könnte in der bezeichneten Auslegung ein Sozialdemokrat sich etwas ungeschickt ausdrücken, woraus dann mittels „guter Auslegung“ ein Reineid gemacht werden könnte. In einem solchen Falle würde Staatsanwalt Dänhschel sofort plädieren: „Reine Herren, dieser Mann gehört jener Partei an, welche u. s. w. Ich bitte um eine hohe Strafe.“

Also: man läßt die Sozialdemokraten nur der Form wegen schwören, gewissermaßen zum Privatvergnügen, oder richtiger, um sie zu fangen; — Rekt sich aber einmal eine winzige Differenz heraus, sofort wird die härteste Strafe angewendet — wie schon bemerkt.

Wir würden unseren Genossen empfehlen, an denjenigen Gerichten, wo schon, wie in Leipzig, Eide von uns als werthlos bekantet wurden, den Eid aus diesem Grunde zu verweigern, denn zum Karrenspiel dürfen wir uns nicht hergeben. Werthlos sind unsere Eide, aber schätzbar sind die Eide eines Sozialdemokraten sind nicht krasslos wie bei Stöcker. Das ist das gleiche Recht im „Reich der Gottesfurcht und frommen Eide.“

So unser Korrespondent, dessen folgerichtigste Logik selbst die deutschen Staatsanwälte nicht werden bestritten können.

Was den Vorschlag angeht, Staatsanwälte, die sich frech beleidigend ausdrücken bedienen, zu verklagen, so kann ja in einem besonders drolligen Fall der Versuch einmal gemacht werden. Staatsanwälte stehen aber dem Strafgesetze noch über dem Gesetz des Anstandes, obgleich viele von ihnen dieser Ansicht zu sein scheinen — wenn, denn ihnen Berechnen nach zu schließen. Beleidigt und beschimpft der Staatsanwalt

—

einen Angeklagten, so braucht dieser bloß die Beleidigenden und beschimpfenden Ausdrücke sofort zu lassen, und — wir waren im Begriff, zu schreiben: kein Gerichtshof der Welt kann den frechen Kumpen dann freisprechen. Aber wir haben uns noch rechtzeitig besonnen, daß ja von deutschen Staatsanwälten, deutschen Richtern und deutschen Gerichten die Rede ist.

Immerhin könnte der Versuch nichts schaden — und wäre es auch nur, um einen neuen Beweis zu liefern, daß es in Deutschland kein Recht gibt, außer für die Vertreter und Anhänger der herrschenden Klasse.

Wie es in der Kera Sieder mit der Heiligkeit des Eides genommen wird, wie die Siederer sogar positiv unter geschicktem Schutze steht, das zeigt uns ein interessanter Prozeßbericht, den wir in der „Freisinnigen Zeitung“ finden.

Wir bringen denselben nachstehend zum Abdruck, und zwar ganz un verändert:

„Drei Wochen Gefängnis für einen Gedankenfreud! Der Redakteur der freisinnigen „Eberwälder Zeitung“ hatte dem Major v. D. Ullrich, einem Vorstandsmitglied des konservativen Vereins, vorgeworfen, daß er in einem früheren Prozeß gegen den Redakteur zweimal unter Eid verschiedene sich widersprechende Aussagen gemacht hätte in Bezug auf den Verbleib der bei einem Sommerfest von dem Patriottischen Verein angekauften Geschenke. Die „Eberwälder Zeitung“ hatte in Bezug darauf bemerkt: „So viel scheint mir indessen klar: wer einmal 1 bis 5 und ein andermal 5 bis 20 Pfg. bezahlt, muß mindestens einmal — ja was denn, Herr Ullrich?“ Die Beweisaufnahme vor der Strafkammer hat ergeben, daß der angeklagte Redakteur „den Beweis der Wahrheit seiner Behauptungen mit Erfolg geführt hat“ und daß der Zeuge Ullrich in der That zu Verbleib anderer ausgefagt als bei seiner ersten Vernehmung in Eberwälder, und auch bezüglich des Wertschnappens eine tatsächlich unrichtige Aussage abgegeben hat.“ Die Strafkammer hat deshalb zwar den Angeklagten von der verurteilenden Verleumdung freigesprochen, ihn indessen mit drei Wochen Gefängnis bestraft, weil der obige Satz eine Beleidigung enthalte, denn man könne die schließlichen Worte, die in obigen Gedankenfreudigen ausgebracht sind, nicht anders ergänzen, als durch „einen Faltschneid haben“. Die Annahme, der Angeklagte habe sich mißlich ausdrücken wollen, und gemeint: „mindestens einmal etwas Unrichtiges gesagt zu haben“, erscheint dadurch ausgeschlossen, daß das Wort „beschwört“ vorkommt. Außerdem fand der Gerichtshof eine Beleidigung in einer Schlußbemerkung des Artikels: „Aber wenn nun dieses Todtmachen nur erreicht werden könnte durch Lüge, Verleumdung und Dinge, wie sie oben geschildert?“ Diese Worte „Lüge und Verleumdung“ könnten sich nach dem Zusammenhang nur auf den Major Ullrich beziehen.“ Ausdrücklich erkannte der Gerichtshof an, daß der Angeklagte die Abfassung des Artikels „nicht wider besseres Wissen gehandelt habe“. Gleichwohl wurde unter Berücksichtigung der Vorstrafen wegen Verleumdung auf drei Wochen Gefängnis erkannt.“

Dies der Bericht. Man muß ihn genau ansehen. Ein — natürlich konservativer und parteilich überlätzter — Zeuge bezeugt eine Siedererei — diese Siedererei, die dem Richter und Staatsanwalt möglicherweise entgangen sein konnte, wird von dem Redakteur eines unabhängigen Blattes öffentlich zur Sprache gebracht, und noch obenrein in der denkbar mildesten Form. Und was geschieht? Nicht der Nachfolger und Schüler des Reineidsprozesses wird in Anklagestand versetzt, sondern der, welcher die Siedererei an die Öffentlichkeit brachte.

Und die Moral von der Geschichte? Tadel keinen Reineid nicht! — es sei denn, daß der Reineidige ein Staatsfeind sei. Der reiche treue Reineid lebt unter dem Schutze der Gesehe — Siederer's Geist schwebt über dem Dorn, aus dem die deutsche Justiz das Recht „schöpft“.

— Eine neue Militärvorlage, das ist in Preußen-Deutschland längst nichts Neues mehr. Dem nationalen Reichstag ist die Ehre zugebracht, ein Gesetz gutzuheißen, nach welchem der Dienst in der Landwehr um weitere sechs Jahre (zweite Landwehr) und die Verpflichtung zum Landsturm bis zum 45. Altersjahr ausgedehnt wird. Die gefährdete Lage des deutschen Reiches — gefährdet Dank der glorreichen Art, wie seine Gründung in's Werk gesetzt wurde — erfordert die äußerste Anspannung der Wehrfähigkeit. Natürlich wird sich der Reichstag der zugebrachten Ehre würdig erweisen.

Ganz abgesehen von derartigen Zugabe der dreißigjährigen Dienstzeit, welche diese zweite Landwehr darstellt, wird die Einrichtung derselben auch das Militärbudget recht nett in Anspruch nehmen. Die sehr reichsfreundliche Neue Zürcher Ztg. spricht von einmaligen Mehrausgaben im Laufe von einer Viertelmilliarden Mark und vermutet „einen Zusammenhang zwischen der beschriebenen Erhöhung der Getreidezölle und den Abänderungen der Wehrpflicht.“ Da darf das Proletariat sich doppelt freuen, es zahlt die Kosten für den patriotischen Geist der Junker im Reichstage in der besten Weise.

Nun, auch das hat seine gute Seite. — Wir würden den Raum unseres Blattes im wahren Sinne des Wortes sündhaft verschwenden, wollten wir von jedem auf Grund des Schandgesetzes in Deutschland erfolgten Druckschreibensverbot besonders Notiz nehmen. Wie in Bezug auf das Versammlungs- und Vereinswesen herrscht auch in dieser Beziehung die krasse Willkür. Was hier ohne Weiteres gebildet wird, wird dort unfehlbar mit einem Verbot geahndet, was heute als staatsgefährlich auf den Index gesetzt wird, wird morgen freigegeben, um übermorgen aufs Neue verboten zu werden.

So ist z. B. Engels' „Herr Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft“, ein Buch, dessen wissenschaftlichen Charakter selbst Männer wie Adolph Wagner zu keiner Zeit in Abrede gestellt haben, feinerzeit, als das Schandgesetz zustandekam, „im Ramsch“ mitverboten worden. Nun, das Buch hat trotzdem seine Leser gefunden und war trotz seines verhältnismäßigen Umfanges bald vergriffen. Vor etwa zwei Jahren kam eine neue Auflage heraus — nicht etwa heimlich, nein, sie wurde wiederholt und in ausfälliger Weise anonymiert, aber — o Wunder — es erfolgte kein Verbot. Bis zu einem Jahr lang konnte das Buch öffentlich verbreitet werden, bis plötzlich eines Tages der Wind umschlug und auch die zweite Auflage verboten wurde.

Diese Inkonsistenzen sind die beste Kennzeichnung der „wahrhaft gesetzgebenden Arbeit“, wie Herr Hennigsen in seiner geschwollenen Art feinerzeit das ebenfalls aller Polizeigesehe titulierte. Es proklamirte die politische Laune als entscheidenden Faktor für das Schicksal aller Neuerungen des öffentlichen Geistes. Jene ein anderes Kriterium für das, was erlaubt ist oder nicht, existirt in Deutschland nicht. Die lange Reihe der Verbote gibt davon Kunde. Kein Verbot, das einen der Verhältnisse kundig überblickt. Die Ordnungsparteien sind alles, was die Polizei sich herausnimmt, in Ordnung, daher ihr Name, und die Sozialdemokraten haben aufgedeckt, sich über Verbote zu ereifern, sie gehen über dieselben zur Tagesordnung über.

So erklärt das große Publikum über eine der verwerflichsten Seiten des Schandgesetzes verhältnismäßig wenig. Es liest die Verbote, weiß aber nicht, was in den verbotenen Schriften eigentlich gestanden. Unter diesen Verhältnissen ist es daher sehr gut, wenn Leute, die nicht unter dem Nachbereich der Bismarck'schen Polizeigewalt leben, und zufällig einen genaueren Einblick in das Preß-Verbotungsverfahren erhalten, den Empfindungen, die dasselbe in ihnen hervorruft, ungeschämten Ausdruck geben. Solche Zeugnisse wiegen dann doppelt schwer, denn in Deutschland hat man unter der korrupten Wirkung des Bismarck'schen Polizeigesehes das rechte Maß für das, was Preßfreiheit ist, längst eingebüßt.

Den Verlauf des Berichtes über die Verhandlungen des St. Galler Parteitag's hatte Herr Th. Wirth, Herausgeber des „St. Galler Stadt-Anzeiger“, übernommen. Natürlich ist der Bericht verboten worden — wenigstens scheint das jedem Deutschen natürlich. Dem Schweizer ist „sonni das Verbot gar nicht natürlich vor, und er sieht sich daher veranlaßt, seine — Verurteilung über dasselbe unumwunden auszusprechen.

Er zählt auf, was dieser Bericht enthält, und fährt dann fort:

„Das ist der Inhalt der Schrift, lauter Dinge, welche bei uns und in jedem Land der Welt, wo das freie Wort nicht siebenfach geknebelt und die Mannes- und Menschenwürde nicht systematisch mit Füßen getreten wird, ruhig im öffentlichen Rathssaal und auf der offenen Straße verhandelt werden dürfen. Ist es nicht himmelstürzend, daß die Regierung eines jüdischen Staates sich nicht schämt, solche Schriften als staatsgefährlich zu erklären und die Bürger des eigenen Landes, die sie lesen oder verbreiten, mit Acht und Bann zu belegen? Ist es anders möglich, als daß ein Regiment, das solche Saat ausstreut, Fluch und Verberben ernten muß?“

„Die schauerliche Druckkristall, vor der das deutsche Kaiserreich erzittert, kann zum Breche von 40 Cts. auf unserm Bureau an der Reuggasse und in der Expedition unseres Blattes bezogen werden. Segen 45 Cts. in Briefmarken erfolgt Francozulieferung.“

„Lesen Sie jeder; so wird er Hochachtung bekommen vor der — deutschen Freiheit!“

Das ist kernig gesprochen, und sollte gewisse Leute, wenn sie noch etwas lernen könnten, zum Nachdenken über ihre Staatsweisheit bringen. Aber sie können und wollen auch nichts lernen, und auf sie wird die Notiz höchstens die Wirkung haben, daß sie finden, in der betreffenden Nummer des „St. Galler Stadt-Anzeiger“ kommen sozialistische, kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht unter den Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zum Ausdruck, und sie daher auf Grund des gemeingefährlichen Gesetzes für das deutsche Reich verurteilt.

Ja, Bismarck ist groß, und wer es nicht glaubt, der muß zählen.

— Aus der verkehrten Welt. Im bayerischen Landtage spielte sich kürzlich bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums, als es zur Position Statistik kam, eine Debatte ab, welche in mehr als einer Beziehung charakteristisch genannt werden kann.

Ein Abgeordneter — wir wollen vorerst weder seinen Namen, noch den seiner Partei nennen — hatte Vorschläge auf einen weiteren Ausbau der landwirtschaftlichen, Grundschulds-, Sparkassen- u. c. Statistik gemacht. Mit Bezug auf die letztere hatte er u. A. bemerkt (wir zitieren nach der „Allgemeinen Zeitung“):

„Im Reichstage sei vor einigen Monaten von einem Hauptredner für die Militärvorlage darauf hingewiesen worden, daß man sich über Volksarmuth nicht beklagen könne, da das Sparkassenwesen bedeutend im Wachstum begriffen sei. Dies ist zwar richtig, allein aus der Statistik sei zur Zeit nicht ersichtlich, aus welchen Schichten der Bevölkerung sich jene Millionen herleiten, über welche die Sparkassen verfügen. Von konservativer Seite habe man vor Kurzem den Satz aufgestellt, daß einerseits die Zahl der Reichen abnehme, während der Reichthum wachse, andererseits aber auch die Zahl der Armen zunehme, während bei dem mittleren Erwerbstande von Vermögern wenig bemerkt sei. Dieser Satz werde allmählich anerkannt. Er erinnere nur an die Eingaben der Arbeiterkolonien und einen Artikel der „Allgemeinen Zeitung“, der besage, daß das lawinenartige Anwachsen des Pauperismus ein Hauptquid des Sozialismus sei. Diesen letzteren Satz unterschreibe Redner voll und ganz. Ein Brief, den er von einem Freunde aus Sachsen erhalten, bewiese neuentst, daß die Städte Leipzig und Dresden von den 26 Steuerbeiträgen allein 37 Prozent des ganzen Volkseinkommens in Sachsen bezahlten, ja er glaube deshalb, daß die Sparkassenstatistik die Anlage der Kapitalien nach Berufs- und Erwerbständen zu veröffentlichen habe werde. In dieser Beziehung verweise er auf die Statistik der Gewerkschaften, die über die sozialpolitische Bedeutung derselben die besten Aufschlüsse gebe. Die Arbeit der Verwaltungsbehörden würde dadurch nicht stark erhöht, da sich die Beamten weniger um das Wohl und Wehe der Sparkassen, als vielmehr um das des Landes zu kümmern hätten. Durch diese Publikationen würde der Satz mehr Beweiskraft erhalten, daß sich die Vermögern mehr konzentriren, und dann werde in der Gesetzgebung vielleicht anders vorgegangen werden als bisher; denn es sei Aufgabe der Statistik, der sozialpolitischen Gesetzgebung an die Hand zu gehen. Die Statistik über die Erwerbsverhältnisse, welche vom Kriegsministerium geliefert werde, leide an dem großen Mangel, daß der Grund der Untauglichkeit der Bevölkerung in den Industriebezirken nicht hervortrete, daraus möchte Redner die Aufmerksamkeit des Hauses und der Militärbehörden lenken. In Oesterreich habe man bereits Erhebungen in dieser Beziehung angestellt und gefunden, daß das Volk der Industriebezirke durch Nacht- und Ueberarbeit, Frauen- und Kinderarbeit, die oft noch sehr geringen Löhne in ganzen Generationen ausgezehrt und entnervt wird an Kraft, Gesundheit und Moralsfähigkeit, so daß es untauglich wird für die Verteidigung des Vaterlandes, zu dessen Schutz und Dienst es berufen ist und sein muß. Wenn dies auch bei uns geschähe, würde vielleicht mehr Einsicht zur Arbeiterschutzgesetzgebung bestehen im Interesse des ganzen Volkes.“

Gegen diesen Redner wendet sich nun ein Vertreter einer anderen Parteirichtung und erklärt: Man habe sich darüber beschwert, daß seine Partei den Ausführungen des Redners zu wenig Aufmerksamkeit schenke. Allein (man höre!) was soll man hier mit Ausführungen z. B. über französische Zustände sich beschäftigen? Aufmerksamkeit seiner Partei wäre nur am Platze, wenn Vorredner nachweisen wollte, daß die französische Armee stärker wäre als die unsrige, daß wir noch mehr gefährdet sein müßten, damit die Platz nicht wieder Raubzügen ausgelegt sei. (Beifall.) Die Statistik über gewisse Verhältnisse nicht ausgedehnt werden. Der Vorredner hat eine Statistik auch über die Sparkassen-Einleger verlangt. Wollte die Regierung seinen Wünschen Folge geben, dann würde die Art an dieses wohlthätige Institut gelegt (Beifall), denn die Einleger, welche fast ausschließlich dem kleinen Gewerbestand und Arbeitsstand angehören, würden ihre mit Fleiß errungenen kleinen Ersparnisse sofort kündigen, wenn man diese Leute vorladen würde, um herauszufinden, ob ihre Einlagen kapitalrentenfähig sind. Die Zwecke des Sparkassenwesens würden durch die Folgen der Statistik vollständig vereitelt. Der Vorredner wünscht ferner eine Enquete und Statistik über die Refrakurierung. Dazu besteht gar keine Veranlassung. Der Vorredner will doch nicht behaupten, daß Bayern seine Mannschaft nicht mehr stelle. Die letzte Heeresergänzung hat sich mit majestätischer Ruhe vollzogen und das Volk habe die Refrakurierung der 1800 Mann auch nicht bemerkt. Eine weitere Einschränkung der Fabrikarbeit sei nicht veranlaßt im Hinblick auf die Befugnisse der Fabrikinspektoren, und insbesondere Industrie und Bevölkerung der Pfalz würden dem Vorredner wenig Dank wissen. Im Bezirk des Redners habe vor 30 Jahren Armut und Elend geherrscht, heute sei Wohlhabenheit zu verzeichnen und ein großer Theil der Bevölkerung seien Fabrikarbeiter. Der Vorredner habe in seiner Erörterung über die Belastung von Grund und Boden in Bayern von etwa einer Mark die Grundverpflichtung gesprochen. Man gebe der Landwirtschaft lieber das Geld für die Anschaffungskosten der Statistik, damit welche dem Lande gewiß mehr gebiehe, als wenn man den gelehrten Ausführungen des Vorredners entspreche. (Beifall.)

Der Gegensatz zwischen beiden Reden springt in die Augen. Hier das Bestreben, den wirtschaftlichen Erscheinungen ernsthaft auf den Grund zu gehen, dort die Verabsäumung jeder Untersuchung „über gewisse Verhältnisse hinaus“, hier das Streben nach Aufklärung, da Streben nach Vertuschung, hier der Wunsch, eine wissenschaftliche Grundlage für die Sozialgesetzgebung zu schaffen, dort knochenhafte Verdröhnung des wissenschaftlichen Standpunktes und Proklamirung der Politik des von der Hand in den Mund, d. h. des leichtesten Eklektizismus, und albernem Hineinjagen des Nordpatriotismus, um die kompromittirende Gleichgültigkeit zu bemanteln — mit einem Wort, hier der Gesichtspunkt eines wirklichen Politikers und dort der bornirteste Spießbürgerstandpunkt.

Und welchen Parteien gehören die beiden Redner an? Der Erst-Redner ist der bekannte Sozialpolitiker Dr. Jäger, der politisch der Zentrumspartei angehört, in sozialen Fragen allerdings weit über die meisten seiner eignen Parteigenossen hinausgeht. Der Zweite aber, der Vertreter des krassen Knotenismus, ist eine Zierde der liberalen Partei, die ihn für seine „grünenden“ Ausführungen mit ihrem Beifall belohnte. Keine Stimme erhob sich in der Partei der „Aufklärung“, um Herrn Bürgermeister Märker, dies der Name des Herrn, zu widerlegen. Man fand seine Redensarten vollständig in der Ordnung.

Keine genaue Statistik der Sparkassen-Einleger nach Berufen, wie könnte man sonst mit den Sparkassen-Einlagen weiter künftern! Keine Feststellung der degenerirenden Wirkungen der Fabrikarbeit, keine Aus-

dehnung der Fabrikgesetzgebung und des Arbeiterschutzes, aber dafür Soldaten, Soldaten und wiederum Soldaten, das ist die Weisheit der Partei, die sich bei jeder Gelegenheit als die alleinige Trägerin des kulturellen Fortschritts aufspielt.

— Die Verurteilung Johann Rost's zu einem Jahr Gefängnis für eine Rede, die er am Tage nach der Hinrichtung der Chicagoer Anarchisten gehalten, ist ein Tendenzurtheil in des Wortes schlimmster Bedeutung. Für Jeden, der in den Zeitungen die Worte las, die die Anklage Rost in den Mund legt, stand von vorn herein fest, daß Rost bei aller Galanterie seines Temperaments so bildungslos nicht gesprochen haben konnte, und in der Gerichtsverhandlung erwies es sich auch, daß die Belastungszeugen (zwei das Deutsche nothdürftig radebrechende Polizeisten und ein versöffener, eingeklandernemagener bereits wegen Trunkenheit entlassener Reporter) in jeder Beziehung ungläubwürdig waren. Rahmen doch die Polizeisten seinen Anspruch, ausdrücklich zu erklären, der betreffenden Versammlung habe der Anarchist Schenk präsidirt, während thatsächlich sich dieser um die angegebene Zeit auf der Fahrt nach der vor New-York liegenden Insel Staten Island befand, und ein Teilnehmer der Versammlung, darunter mehrere Nicht-Anarchisten, bezeugten, daß der Schriftsteller A. Schulte die Versammlung leitete. Aber das Zeugnis dieser elf Männer war für den Herrn Ankläger „unerheblich“, weil sehr von ihnen keinen Glauben an eine Bestrafung des Reineids im Jenseits — heuvelten. Aus denselben Gründen fieseln auch ihre Aussagen in Bezug auf das, was Rost wirklich gesagt, „nicht in Betracht“. Man sieht, die preussische Polizeipraxis macht Schule.

Zimmerman brauchten die Geschworenen fünf Stunden, um sich über das Schuldig zu einigen. Anfangs waren 7 für nichtschuldig und 5 für schuldig, da nun aber nach amerikanischem Recht die Geschworenen-Erkenntnis-Einstimmigkeit verlangt wird, bevor die Geschworenen auseinandergehen dürfen, und die für schuldig Stimmen hartnäckig festhielten, so fielen nach und nach die ganzen sieben von der Nichtschuld Rost's Ueberzeugten um und — die „Ordnung“ hatte gestiftet.

Die beste Kritik dieses Erkenntnisses liegt in der Ansprache, mit der der vorstehende Richter Coming die Geschworenen zur Berathung entließ. In derselben heißt es u. A.:

„Die Gesehe dieses Landes erlauben nicht nur die freie Rede und Schrift, sie ermutigen dieselbe bis auf's Heußerste. Das Recht der Kritik der öffentlichen Gewalten ist die Seele unserer Institutionen.“

„Unsere Institutionen sind auf Freiheit gegründet. Eine freie Regierung, freie Schulen, vollkommene Religionsfreiheit sind einige ihrer Pfeiler. Erst vor einigen Jahren haben die Bürger dieses Landes Millionen schwarzer Sklaven befreit, und der Bürger dieses Landes sieht sich im Besitz seiner Rechte größer als ein König. Die Regierung dieses Landes ruht nicht auf den Spitzen der Bajonnette, sondern auf der Gesehlichkeit und dem Patriotismus seiner Bürger. Wir strecken unsere Arme jedem Unterdrückten entgegen und laben jeden Vertriebenen ein, seinen Fuß auf unsern gastlichen Boden zu setzen. Nur der Unterdrückte findet hier keine Freistatt. Nur für ihn haben wir keinen Raum.“

Der Richter fuhr noch eine Zeitlang fort, in den brillantesten Farben die Institutionen der Union und deren Prospektivität, als eine Folge derselben, zu malen. Dann auf die Zukunftsideen der Anarchisten eingehend, erklärte er, dieselben seien keineswegs ungesellig, nur seien sie unlogisch. Wie es in der Natur Regeln und Gesehe gebe, so könnte auch eine menschliche Gesellschaft, wie immer dieselbe aus eingerichtet sein mag, ohne Regeln oder Gesehe und ohne eine Macht, dieselben zur Ausführung zu bringen, sowie ohne Strafbestimmungen gegen Uebertreter der Gesehe nicht bestehen.

„Um auf den Fall zurückzukommen“, sagte er dann, „muß ich Sie nochmals daran erinnern, daß es hier nur darauf ankommt, festzustellen, ob der Angeklagte der in der Klagechrift bezeichneten ungeselligen Handlung schuldig ist oder nicht. Das Gericht ist nicht dazu da, selbst den schlechtesten Menschen unter falschen Vorwänden ein Gefängnis zu schicken.“

„Haben die Zeugen der Vertheidigung recht, so müßten Sie dem Angeklagten freisprechen, denn selbst die einzelnen Widersprüche d'rien berechtigen nicht zu einer Schuldigprechung. Keiner derselben gibt irgend einen der beiden inkriminirenden Punkte in der Rede Rost's, wie die Anklage sie zu beweisen sucht, zu. Haben die Zeugen der Anklage hingegen die Wahrheit gesagt, und finden Sie, daß der Angeklagte jene beiden Aussprüche wirklich hat, dann müßten Sie den Angeklagten schuldig finden. Doch haben Sie sich auch in der Entscheidung dieser Punkte streng an die am 12. November erhaltene Rede zu halten. Was Rost früher gesagt oder gethan, hat mit der Sache nichts zu thun.“

„Ebenso wenig haben die Theorien Rost's und der Anarchisten mit der Sache gemein. Die Absurdität derselben nachzuweisen ist nicht die Sache des Gerichts und der Geschworenen.“

„Es gibt Leute, die in Bezug auf gewisse Personen, Parteien und Anschauungen die Anwendung des Lynchgesetzes empfehlen. Dies wäre Anarchie. Ich will nicht sagen, daß es Anarchismus wäre, wie Rost und seine Freunde ihn sich vorstellen, aber es wäre eine Konfusion und meine Definition von Anarchie und Konfusion sind dieselben, und ich glaube, ein Recht zu einer solchen Definition zu haben.“

„Denken Sie nicht, der Angeklagte ist vielleicht der schlechteste Mensch im Lande, und greifen Sie nicht auf sein Verbrechen zurück. Dies Alles gehört nicht zu dem Ihnen vorliegenden Falle.“

Ferner ist es meine Pflicht, Sie darauf hinzuweisen, daß jeder vernünftige Zweifel dem Angeklagten zu Gute kommen sollte. Finden Sie, daß ein solcher Zweifel vorliegt, dann haben Sie den Angeklagten freizulassen.“

Würden diese Grundsätze innegehalten worden sein, so hätte Freisprechung erfolgen müssen. Aber das Gegentheil war der Fall. Rost wurde verurtheilt, weil er Rost war. Der Ankläger hatte es sich nicht nehmen lassen, die „revolutionäre Kriegswissenschaft“, auf Grund deren Rost schon einmal verurtheilt worden, in die Verhandlung hineinzuschleppen, und so die Geschworenen gehörig bearbeitet. Wahrscheinlich auf diese unzulässige Benutzung einer vor Jahren von ihm verfassten Schrift dürfte sich die von Rost, wie der Telegraph meldet, eingelegte Berufung stützen. Nun hat das Appellationsgericht des Staates New-York loeden in dem Prozeß wider den Millionär Schary wegen erwiesener Bestechung zu „Recht erkannt“, daß es ungesellig ist, gegen einen Angeklagten eine ihn belastende Aussage, die er früher einmal gemacht, ins Feld zu führen. Wenn das, was für den gaunerischen Spekulanten recht, für den proletarischen Agitator billig wäre, so müßte demnach die Berufung Erfolg haben.

Wenn! Wenn nur das Wörtchen „wenn“ nicht wäre.

— In Paris hat am 10. Dezember ein gewisser Kubertin, halb aus Ueberpanntheit, halb aus Geschäftspekulation, ein Attentat auf Jules Ferry gemacht. Sofort ist der reaktionäre Troß bei der Hand und verlangt Beschränkung der Preß- und Redefreiheit. Natürlich nur für die Presse und die Versammlungen der Opposition. Die Soldatentreiber und Agitatoren der herrschenden Klasse dürfen reden und schreiben was sie wollen, soviel Schimpfen und Verläumdungen wie sie wollen. „An dem Attentat gegen Ferry sind die maßlosen Angriffe der radikalen Presse auf denselben schuld“, drückt sofort der ganze Chorus. Leider stellte sich bald darauf heraus, daß der Attentäter nichts weniger als ein Radikaler, sondern ein politisch sehr gemäßigter Bourgeois ist. Thut nichts, der Jude (d. h. die Presse) wird trotzdem verdammt.

— In der demokratischen — wohlgemerkt, in der demokratischen „Frankfurter Ztg.“ lesen wir wörtlich: „Das Attentat (auf Ferry) hat glücklicher Weise keinen vollen Erfolg gehabt, aber seine Wirkungen werden wahrhaftlich in politischer Beziehung sehr gut sein. Man wird wahrzunehmen haben, zu was die Uebererei führt, und alle schbaren und billig denkenden Männer werden sich einzufinden in dem Bestreben, die Hege einzuschränken und einzubändigen. Vielleicht verliert Jules Ferry durch das Attentat seine Unpopulartät vollständig; heute Abend bereits haben Männer aller Parteien, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, ihn zu seiner glücklichen Rettung beglückwünscht. Wenn der Anarchismus so haßt, der muß in der That ein fürchterlicher Feind der Anarchie, ein trefflicher Vertheibiger der Ordnung und Gesehmäßigkeit sein.“

Wenn das keine Ermunterung zu Attentaten auf die Preßfreiheit ist,

